Gemeindekammer.

* Dresden. Am 4. d. M. hielt die Gemeindekammer ihre 15. Sitzung ab und erledigte dabei eine **große Anzahl von Sachen, von denen folgende von Bedeutung** sind:

Die Beschlußbehörde hatte die Wahl eines der kommunistischen Partei angehörenden Gemeindeverordneten zum zweiten Bürgermeisterstellvertreter einer kleinen Gemeinde beanstandet. Die Gemeindekammer hat die dagegen erhobene Beschwerde beachtet, weil die für die Beanstandung gegebene Begründung nicht ausreichte. — Eine Amtshauptmannschaft hatte dem Gemeinderat einer kleinen Gemeinde auf Beschluß des Bezirksausschusses eröffnet, daß sie demnächst eine **Revision des Gemeindeamtes** vornehmen werde. Die dagegen erhobene Beschwerde des Gemeinderates hat die Gemeindekammer abgewiesen, weil eine solche Eröffnung lediglich als die Ankündigung einer nach § 171 zu treffenden Maßnahme der Amtshauptmannschaft, nicht aber als eine Anweisung im Sinne von § 172 der Gemeindeordnung anzusehen sei. — Wie schon früher mehrfach, wurde wieder ausgesprochen, daß die Gemeindekammer nicht in der Lage sei, in Fällen, in denen der Gemeinderat nach § 66 Gem.-O. die Gemeindekammer anruft, die Gemeindeverordneten zu einem positiven Beschluß im Sinne einer Gemeinderatsvorlage anzuweisen. — Ein Bürgermeister war unter vorläufige Vormundschaft gestellt worden; die Vormundschaft war inzwischen wieder aufgehoben worden. Seine Beschwerde dagegen, daß er durch die vorläufige Vormundschaft sein Bürgermeisteramt verloren haben solle, mußte auf Grund der unzweideutigen gesetzlichen Vorschrift in § 74 Gem.-O. abgewiesen werden.

Die vielbesprochene Frage, ob **Gemeindewahlen und -abstimmungen an einem Sonntag oder öffentlichem Ruhetag vorzunehmen** seien, hat die Gemeindekammer **in bejahendem Sinne** entschieden. Sie hat ausgesprochen, es bestehe in Sachsen der allgemeine Rechtsgrundsatz, daß Abstimmungen zur Wahrnehmung öffentlicher Rechte an einem Sonntag oder einem öffentlichen Ruhetag stattzufinden hätten. Eine an einem Wochentage vorgenommene Gemeindebürger-Abstimmung nach § 33 Gem.-O. ist für rechtsunwirksam erklärt worden.

Es wurde ausgesprochen, daß die Prüfung eines nach § 83 Gem.-O. eingegangenen Antrags auf Vornahme einer Gemeindebürger-Abstimmung ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei, zu dessen Erledigung nach § 83 und 89 Gem.-O. der Gemeinderat zuständig sei. Bei dieser Rechtslage sei es auch nicht zulässig, in Fällen dieser Art den Gemeinderat anzuweisen, sich bei Prüfung des Antrages der Gemeindeältesten oder des Wahlausschusses zu bedienen.

Die **öffentliche Bewirtschaftung des Wohnraums** ist als übertragene Aufgabe als ein Geschäft des Gemeinderates anzusehen. Es ist deswegen in Gemeinden, in denen der Gemeinderat nicht körperschaftlich gebildet ist, unzulässig, diese Aufgabe einem gemischten Ausschuß zur selbständigen Erledigung zu übertragen. Andererseits ist ausgesprochen worden, daß mangels einer ortsgesetzlichen Vorschrift über **die Zusammensetzung des Wohnungsausschusses** als begutachtende Stelle für den Gemeinderat es den Gemeindeverordneten unbenommen sei, in diesen Ausschuß diejenigen Gemeindeverordneten abzuordnen, die sie hierzu für geeignet halten.

Der Beschluß einer Gemeinde, die **Mieten in gemeindeeigenen Grundstücken** niedriger festzusetzen als die ortsüblichen Mieten, wurde nicht beanstandet.

Schließlich wurde entschieden, daß über Streitigkeiten hinsichtlich der **Wahl von Vertretern der Elternschaft** in den Schulausschuß auf Beschwerde nicht die Beschlußbehörde und die Gemeindekammer, sondern das Bezirksschulamt und das Volksbildungsministerium zu entscheiden haben.

Smuts über Völkerbund und Locarno.

)(London. General **Smuts** erklärte in einer Rede in **Pretoria** nach einem Timesbericht u. a.: Die Tatsache, daß Deutschland seinen rechtmäßigen Platz als Großmacht im Völkerbund und im Völkerbundsrat einnehmen wird, ist ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte des Völkerbundes und eine Erhöhung seines Prestiges und seines Wertes. Deutschlands Beschluß bedeutet zugleich, daß es europäische Politik treiben will, sein Beschluß kann mit Rücksicht auf Rußland nicht genug begrüßt werden. Während man annehmen kann, daß das Feuer am Rhein ausgebrannt ist, darf man nicht mit der gleichen Zuversicht bezüglich der polnischen Grenze sprechen, es müßten daher alle Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, daß der Pakt feuersicher mit Bezug auf die Ostgrenzen Deutschlands gemacht wird. Smuts gab weiter seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß das britische Reich bei den Verhandlungen in Locarno nicht in einer Einheitsfront aufgetreten sei, und bemerkte dazu: Dieser Fall wird einen Präzedenzfall für die Zukunft darstellen. Mehr und mehr wird die Politik der britischen Regierung die Englands sein, und der Tag wird kommen, wo die Dominions der Meinung sein werden, daß sie mit einer solchen Politik wenig Gemeinsames hätten und also eine selbständige auswärtige Politik mit Rücksicht auf ihre eigenen Interessen beginnen müßten. Die Aufrechterhaltung der Solidarität und der Einheitsfront ist jedoch wesentlich.

Dr. Wirth zum Kasseler Zentrumsparteitag.

)(Berlin. Die Germania veröffentlicht **Mitteilungen des Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth**, in welchen dieser erklärt, daß es sich bei seinem Austritt aus der Zentrumsfraktion des Reichstages nicht etwa um eine spontane Verärgerung oder um eine tiefgehende Verbitterung gehandelt, sondern daß sein in kühler Ruhe **vorbedachter Schritt die Stimmungen weitester Zentrumskreise zum Ausdruck gebracht habe.** Auf dem Parteitage in Kassel werde er die Dinge darstellen, wie sie tatsächlich sind. Diese Aussprache, die öffentlich stattfinden werde, könne allein die Klärung bringen. Ich gehe nicht nach Kassel, so erklärt Dr. Wirth, um mit meinen politischen Freunden anderer Richtung papierne Einigungsformeln und Definitionen zu finden. Vor jeder Einigungsformel steht die Klärung des Kurses und der entschiedene politische Wille, den Kurs zum Ziele unserer Gesamtpolitik nicht nur zu erkennen, sondern ihn auch in der ganzen Reichspolitik zum Ausdruck zu bringen. Zur Reichspolitik gehört nach unserem verfassungspolitischen System auch die Gestaltung der Reichsregierung. Jetzt erhebt sich die Frage, über die auf dem Parteitag zu sprechen sein wird: Soll das Zentrum ohne Rücksicht auf Personen die Initiative ergreifen?

Die Anklage gegen Kutisker und Genossen erhoben.

)(Berlin. In der **Betrugssache gegen Max Kutisker und Genossen** ist nunmehr die **Anklage erhoben worden.** Max Kutisker und der Spediteur Stern werden wegen Urkundenfälschung und Betruges angeklagt, die Söhne Kutiskers, Iwan und Max, sowie die Direktoren Blau, Blei, Riezer und mehrere andere werden der Beihilfe zum Betruge beschuldigt. Dagegen ist, wie eine hiesige Korrespondenz erfährt, das Verfahren gegen die Direktoren der Staatsbank Rühle und Hellwig sowie gegen Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Engelbert eingestellt worden.

Der Besuch des Reichspräsidenten in Süddeutschland.

Abschied von Karlsruhe.

)(Karlsruhe. Kurz vor 4 Uhr unternahm der Reichspräsident gestern eine Autofahrt und legte im Mausoleum am Sarkophag des Großherzogs Friedrich I. und der Großherzogin Luise einen Kranz nieder. Dann fuhr er in die Stadt zurück, wo Major v. Hindenburg am Denkmal des Leibgrenadierregiments einen Kranz niederlegte.

Gegen 4.15 Uhr fuhr der Reichspräsident mit den Herren der badischen Regierung zum Staatsministerium zurück. Im Staatsministerium wurde im Kreise führender Persönlichkeiten des ganzen Landes, des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Wissenschaft der Tee eingenommen. Unter den Gästen befand sich auch der Führer des J. R. 111. auf der Fahrt nach Amerika, Dr. Eckener. Während der anregenden Unterhaltung spielte die Harmonie-Kapelle; die Vereinigten Männergesangvereine brachten mehrere stimmungsvolle Lieder zum Vortrag. Gegen 5 Uhr erschien unter den stürmischen Beifallsrufen einer dichtgedrängten Menschenmenge der Reichspräsident auf dem Balkon des Staatsministeriums, um eine kurze Ansprache an die versammelte Menge zu richten. Die Menge dankte durch lebhafte Hochrufe.

Gegen 6 Uhr verabschiedete sich der Reichspräsident von den geladenen Gästen und fuhr mit dem Staatspräsidenten durch die Spalier bildende, Hoch rufende Menge zum Bahnhof, von wo aus um 6.15 Uhr nach herzlicher Verabschiedung **die Weiterreise nach Darmstadt** erfolgte.

Der Reichspräsident in Darmstadt.

)(Darmstadt. Reichspräsident v. Hindenburg ist gestern abend 8 Uhr 16 Min., begleitet von Staatssekretär Meißner und seinem persönlichen Adjutanten Major von Hindenburg, von Karlsruhe hier eingetroffen. Beim Aussteigen aus dem Zuge wurde der Reichspräsident zunächst vom Staatspräsidenten Ulrich begrüßt, der die Mitglieder des hessischen Kabinetts sowie die übrigen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden vorstellte. Die Menschenmenge begrüßte den Reichspräsidenten mit brausenden Hochrufen. Vor dem Bahnhof hatten mehrere Abteilungen der hessischen Schupo zu Fuß und zu Pferde, deren Kapelle den Reichspräsidenten mit dem Deutschlandlied begrüßte, Aufstellung genommen. Vom Bahnhof bis zum Hotel Traube hatten sich viele Tausende aufgestellt, eingerahmt von Fackelträgern, die im Verein mit den zahlreichen illuminierten Häusern der Rheinstraße, den blitzenden Schlägern der in vollem Wichs erschienenen Studenten von Darmstadt und Gießen, den Bannern und Standarten der zahlreichen Militär- und Sportvereine sowie dem Reichsbanner ein farbenprächtiges Bild boten. Besonders herzliche Ovationen wurden dem Reichspräsidenten dargebracht, als er vor der „Traube" den Wagen verließ und sich in das Hotel begab. Im Hotel fand um 8 Uhr 30 Min. ein einfaches Abendessen im engsten Kreise statt, bei dem zwischen dem Reichspräsidenten und dem Staatspräsidenten Ulrich kurze Trinksprüche gewechselt wurden.

Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Regierung als **Gegenmaßnahme gegen Spanien vorgeschlagenen Zollerhöhungen** für die wichtigsten spanischen Ausfuhrartikel. Die Regierung ist ermächtigt, das Inkrafttreten dieser Kampfmaßnahmen selbständig zu bestimmen.

Darmstadt. (Funkspruch.) Heute vormittag stattete der **Reichspräsident der hessischen Regierung im Staatsministerium einen Besuch ab**, wo er auch eine Abordnung aus dem besetzten hessischen Gebiet empfing. Darauf unternahm er eine ausgedehnte **Rundfahrt durch die Stadt**, überall freudig begrüßt von der dichtgedrängten Menge.

Im **alten Palais** hatten sich inzwischen das Ministerium, der Landtag, die Stadtverwaltung, Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Arbeitnehmerorganisationen und Presse eingefunden. **Staatspräsident Ulrich** hieß den Reichspräsidenten im Namen der Regierung herzlich willkommen, wies auf die Leiden des besetzten hessischen Gebietes hin und gab der unerschütterlichen Treue der Rheinhessen zum deutschen Reiche Ausdruck. Landtagspräsident Adelung entbot dem Reichspräsidenten Gruß und Willkommen des hessischen Parlaments und hob hervor, daß gerade an der Peripherie des deutschen Reiches alle Zeichen mit großem Interesse verfolgt würden, die auf die Anbahnung und Entgiftung der politischen Atmosphäre deuten. Oberbürgermeister Glässing betonte, daß gerade in den Zeiten der größten Not die Stimme der nationalen Verbundenheit immer wieder in der deutschen Geschichte befreiend und siegreich durchgedrochen sei.

In seiner **Erwiderung** betonte der **Reichspräsident**, daß das Reich es sich auch ferner angelegen sein lassen werde, Rheinhessen sein schweres Los zu erleichtern, wozu hoffentlich auch die in Locarno angebahnten Verhandlungen beitragen würden. Mit Dank und Anerkennung gedachte der Reichspräsident der echtdeutschen Haltung der rheinhessischen Bevölkerung, trotz der bösen Tage der Sanktionen und Pfänderpolitik.

Um 12.21 Uhr erfolgte die

Weiterreise nach Frankfurt a. M.

Auch auf der Fahrt nach dem Bahnhof war der Reichspräsident Gegenstand lebhafter Ovationen.

Bei dem Empfang der Abordnung aus dem besetzten hessischen Gebiet durch den Reichspräsidenten kam es zu einer **eingehenden Aussprache über die Lage und die Nöte des besetzten Gebietes.**

Hindenburg in Frankfurt am Main.

Frankfurt am Main. (Funkspruch.) Gegen 1 Uhr mittag traf der Reichspräsident hier ein. Auf dem Bahnhof fand nur ein kleiner Empfang statt. Darauf begab sich der Reichspräsident mit Gefolge nach dem „Römer", wo im Kurfürstenzimmer ein Frühstück gegeben wurde. Oberbürgermeister Landmann entbot hierbei dem Reichspräsidenten herzliche Willkommensgrüße der Stadt und gab ein Bild der historischen Entwicklung und Bedeutung Frankfurts in politischer und wirtschaftlicher Beziehung.

Der Reichspräsident dankte für den Gruß und die Wünsche. Die alte Reichshauptstadt Frankfurt bezeichnete er als geistige und politische Brücke zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes. In seiner großen Geschichte habe sich trotz aller Zerklüftung und Befehdung der in den besten Deutschen doch immer lebende Drang nach Einigung und Einheit Ausdruck gefunden. Das Frankfurt von heute habe die Tatkraft und den Unternehmungsgeist seiner Vorfahren übernommen und damit die Nöte der Nachkriegszeit und die Lasten zeitweiliger fremder Besetzung überwunden. In wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller Hinsicht habe es neue Wege eingeschlagen. Möge die Zukunft der Stadt der über 1000jährigen Geschichte ebenbürtig sein.

Ein Aufruf des Reichslandbundes.

Berlin, 12. November. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat an Reichskanzler Dr. Luther folgende Entschließung gerichtet:

Das deutsche Landvolk hat auch in dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr sich in den Gemeinsamkeitsdienst gestellt und den Beweis des Willens zur Arbeit für Deutschlands wirtschaftliche Wiedergeburt sowie der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft erbracht. Der Erfolg dieser Arbeit ist gefährdet, sein völliges Schwinden stehe nahe bevor. Die hierdurch herbeigeführte Not des Bauern bedroht aufs ernsteste die Ernährung des gesamten Volkes und erschüttert den inneren Markt, wenn sie ihn nicht sogar zerstört. Es war der Zweck der Herrenhaus-Kundgebung des Reichslandbundes am 28. Oktober, zu dieser Erkenntnis das öffentliche Gewissen aufzurütteln. Weitere vierzehn für die Vorbereitung der nächstjährigen Ernte wichtige Tage sind seitdem vergangen. Aber der von dem Gesichtspunkt der allgemeinen Lebensbedürfnisse des ganzen Staates gar nicht entbehrliche, arbeitsbereite deutsche Bauernstand hat nichts davon gespürt, daß inzwischen die für das Staatswohl an oberster Stelle verantwortlichen Männer mit klarem Bewußtsein die heraufziehende wirtschaftliche und damit staatspolitische Katastrophe erfaßt hätten.

Bereits seit Monaten hat der Reichslandbund immer wieder gefordert, den zu bildenden Sonderausschuß beim Reichskabinett einzusetzen. Abseits und losgelöst von jeglicher Politik, sollte man ein rein sachliches Bild der Erfordernisse gewinnen und aus sachgemäßer Einsicht heraus dem Reichskabinett Vorschläge zur Lösung des Problems unterbreiten, durch die vorausschauende Staatskunst durch Förderung und Schutz der deutschen Landwirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft dem Volke die Ernährung sichert und bewußt planvoll den inneren Markt stärkt, als eine der Voraussetzungen für Exportmöglichkeiten und damit zur Besserung der deutschen Wirtschaftsbilanz. Der augenblickliche Zustand ist nicht haltbar! Wenn nicht rasch gehandelt wird, so wird die Zaghaftigkeit, mit der das Landvolk jetzt an die Vorbereitung für die kommende Ernte herangeht, bald zu einer Entmutigung bis zur Hoffnungslosigkeit führen. Wann wird das Reichskabinett die Agrarfrage anfassen, die nicht eine solche eines einzelnen Berufsstandes, sondern die des gesamten deutschen Volkes ist?

Zur Aufwertung der landschaftlichen Pfandbriefe.

Berlin. (Funkspruch.) Der **Schutzverband der Vorkriegspfandbriefinhaber in Berlin** teilt auf zahlreiche Anfragen mit, daß er **auch die Interessen der Inhaber landschaftlicher Pfandbriefe wahrnimmt.** Beitrittserklärungen sind an die Geschäftsstelle Berlin W 10, Hohenzollernstraße 7 zu richten. Der Schutzverband ist von dem preußischen Landwirtschaftsministerium ermächtigt, bekanntzugeben, daß die Durchführungsbestimmungen über die Aufwertung der landschaftlichen Pfandbriefe erst erlassen werden können, wenn die Landesregierungen vom Reich zur Regelung dieses Rechtsgebietes ermächtigt worden sind. Dies wird voraussichtlich durch die Durchführungsbestimmungen des Reiches geschehen. Alsdann wird die Regelung der Aufwertung der landschaftlichen Pfandbriefe im Anschluß und in sachlicher Anlehnung **an die** für die Pfandbriefe der Hypothekenbanken in Aussicht genommene reichsrechtliche Regelung erfolgen.

Zum Entwurf der Durchführungsbestimmungen über die Aufwertung von Pfandbriefen hat der Schutzverband wesentliche Zusatz- und Abänderungsanträge gestellt.

Neuregelung der Militärgerichte.

udz. Berlin. Der **Rechtsausschuß des Reichstags** beriet am Donnerstag in erster Lesung den **Gesetzentwurf über Militärgerichte und Militärgerichtliches Verfahren.** Der Gesetzentwurf regelt die Zusammensetzung der Militärgerichte dahin, daß unter den Beisitzern sich stets ein Offizier befinden muß, die übrigen aber grundsätzlich der gleichen Rangklasse wie der Angeklagte angehören sollen. Der Reichswehrminister Dr. Geßler betonte, daß von einer reaktionären Maßnahme keine Rede sein könne. Die Sozialdemokraten bekämpften die vorgeschlagene Beseitigung einer Errungenschaft der Revolution, das Wahlrecht der Soldaten. Aus diesem Grunde lehnten die Sozialdemokraten die Vorlage ab. Die Zusammensetzung der Kriegsgerichte und der Oberkriegsgerichte wurde unverändert in der Fassung der Vorlage mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen, ebenso die Bestimmungen über das Gerichtsverfahren. Gegen die Vorlage stimmten außer den Sozialdemokraten auch die Kommunisten.

Eisenbahnzusammenstoß in New Jersey.

)(In der Nähe von Plainsborough (New Jersey) fuhr ein Personenzug der Pennsylvanischen Eisenbahngesellschaft infolge dichten Nebels auf einen anderen Personenzug auf. Soweit sich bis jetzt feststellen läßt, wurden **18 Personen getötet und etwa 25 verletzt.** Die beiden letzten Wagen des vorderen Zuges wurden ineinandergeschoben und die schlafenden Passagiere unter den Trümmern begraben. Zu ihrer Befreiung wurden die Eisenteile der Wagen mit Azetylen-Gebläse durchgebrannt. Die Rettungsmannschaft, der auch ein Priester und mehrere Nonnen angehörten, konnte erst nach stundenlanger Arbeit die Verwundeten aus dem Gewirr zusammengebogenen Stahles befreien.

Primo de Rivera über die Lage in Marokko.

)(London. General Primo de Rivera gewährte in Tetuan dem Korrespondenten des Reuterschen Büros ein Interview, in dem er erklärte, **es könne jetzt nicht mehr länger die Rede davon sein, Friedensbedingungen anzubieten,** da sich die Spanier nur noch mit der gänzlichen Unterwerfung Abd el Krims zufrieden geben würden. Obwohl die Lage jetzt ruhig sei, betonte der General, würden **die Operationen den ganzen Winter hindurch fortdauern** mit dem Ziele, die Vereinigung mit den französischen Truppen herbeizuführen und die Rifleute von Alhucemas bis Kaffané zu durchbrechen.

Die Lage in China.

)(Mukden. Wie ein Telegramm Tschang-Hsung-Tschangs, des mandschurischen Kommandeurs in Hau-Tschau meldet, haben die **Mukden-Streitkräfte** in den heftigen Kämpfen um Hsu-Tschau, Yin-Hsien und Ku-Chen **nahezu 2000 Tote verloren.** Die **feindlichen Verluste** werden auf **zwei Brigaden geschätzt.** Tschang-Hsung-Tschang teilt in einem Telegramm weiter mit, daß er bis zum Eintreffen weiterer Befehle eine Defensivstellung bezogen habe.